

## Bundshaushalt 2013



Die einwöchige Haushaltsdebatte des Deutschen Bundestages beginnt mit der Einbringung des Haushaltsentwurfs durch die Bundesregierung. Mit dem vorliegenden Entwurf zielt die Bundesregierung schon im Jahr 2013 darauf ab, ein wesentliches Kriterium der Schuldenbremse einzuhalten und das strukturelle Defizit des Bundes auf 0,35% des Bruttoinlandsprodukts zurückzuführen.

Auch der Stabilitäts- und Wachstumspakt wird erfüllt. Die Kreditfinanzierungsquote sinkt deutlich von 10,3% (2012) über 6,2% (2013) auf 0% (2016). Der Konsolidierungskurs lässt sich auch am Verhältnis der Ausgaben des Bundes zur gesamten Wirtschaftsleistung des Landes (BIP) ablesen, die von 11,9% (2012) über 11,2% (2013) auf 10,8% (2016) zurückgehen.

Erfreulich ist, dass die weiterhin günstige Wirtschafts- und Beschäftigungsentwicklung einerseits die Einnahmen des Bundes stärkt und andererseits wesentliche Ausgaben etwa im Sozialbereich oder bei den Zinsen dämpft. Die Bundesregierung setzt dazu folgende Maßnahmen um: Der Bundeszuschuss an die Rentenkasse kann um 1 Mrd. € geringer ausfallen, derjenige an den Gesundheitsfonds um 2 Mrd. €. Durch eine Entflechtung der Haushalte von Bund und Bundesagentur für Arbeit kann der Bundshaushalt um weitere 2,15 Mrd. € entlastet werden, ohne dass eine Veränderung des Beitrags zur Arbeitslosenversicherung erforderlich ist.

Das versetzt die christlich-liberale Koalition in die Lage, Schwerpunkte bei Bildung und Forschung sowie bei der personellen Unterstützung der Energiewende fortzusetzen. Auch das Betreuungsgeld und die substanziellen Tarifierhöhungen im öffentlichen Dienst sind gegenfinanziert. Überdies können 2013 eine weitere Doppelrate von rund 8,7 Mrd. € als deutschen Anteil am Europäischen Stabilitätsmechanismus (ESM) finanziert werden. Auch die klassischen Investitionen insbesondere im Verkehrsbereich werden auf hohem Niveau fortgeführt.

Interessant ist auch ein Blick auf die Personalsituation des Bundes: Der Gesamtstellenbestand in der Bundesverwaltung soll 2013 zwar um 816 Stellen erhöht werden, liegt mit insgesamt 251.300 jedoch deutlich unter dem Bestand von 2010 (262.600) und dem einigungsbedingten Höchststand im Jahr 1992 (380.900). Das Ziel vom Sommer 2010, bis 2014 insgesamt 10.000 Stellen einzusparen, wird erfolgreich umgesetzt. Die Stelleneinsparung von 0,4% jährlich über die Verlängerung der Wochenarbeitszeit der Beamten wird fortgesetzt.

Foto: Ruth Rudolph/pixelio.de

Sehr geehrte Damen und Herren,  
liebe Freunde,



**das Urteil des Bundesverfassungsgerichts zum Europäischen Stabilitätsmechanismus ist eine klare Bestätigung der Politik der Bundesregierung zur Eurostabilisierung!** Dass bei Über-

schreiten der Haftungsgrenze der Bundestag über weitere Beträge entscheiden muss, halte ich als Parlamentarier für selbstverständlich! Die erste Sitzungswoche nach der Sommerpause ist traditionell die Woche der ersten Lesung des kommenden Bundshaushalts. **Zu den wichtigsten Daten des Etats 2013 gehört, dass mit einer weiteren deutlichen Senkung der Neuverschuldung die erst für 2016 verbindliche Schuldenobergrenze von 0,35% des BIP bereits nächstes Jahr unterschritten wird!**

Auch in 2013 stehen über 10 Mrd. Euro für Verkehrsinvestitionen zur Verfügung. Wegen deutlich gesteigener Erhaltungsinvestitionen an vielen Brückenbauwerken und Autobahnabschnitten verringert sich der Anteil für die Bedarfsmaßnahmen. **Deshalb habe ich in meiner Rede als Berichterstatter der Unionsfraktion für den Verkehrshaushalt mehr Mittel für die Verkehrsinfrastruktur gefordert.**

Diese und weitere Themen und Termine begleiten meine Arbeit in dieser Woche in Berlin:

- Gesprächsrunde im BMVBS zur Weiterentwicklung der Verkehrsinfrastrukturfinanzierung
- Treffen mit dem Presseverein Münster/Münsterland
- Gespräch mit dem Präsidenten der Föderation der Aramäer in Deutschland Daniyel Demir zur Nachnamensänderung
- Dialog mit Kreisbrandmeister Heinz Nordhoff beim 7. Berliner Abend der deutschen Feuerwehren
- Endverhandlungen zum PbfG
- Gesprächsrunde mit der AG Verkehr und dem Bundesverband Freier Immobilien- und Wohnungsunternehmen e.V.

Ich wünsche Ihnen weiterhin eine interessante Lektüre des Newsletters und möchte Sie zudem auf meine Homepage [www.cdu-sendker.de](http://www.cdu-sendker.de) hinweisen.

Ihr

Reinhold Sendker MdB



## Bankenunion – Qualität geht vor Schnelligkeit

Europäische Finanzaufsicht unter Einbeziehung der EZB

**Die Europäische Kommission hat am Mittwoch ihre Pläne für eine Bankenunion vorgestellt. Hierzu erklärt der finanzpolitische Sprecher der CDU/CSU-Bundestagsfraktion, Klaus-Peter Flosbach MdB:**

„Die CDU/CSU-Bundestagsfraktion reguliert die Finanzmärkte – national und international: Sie ist Vorreiter beim Verbot der Leerverkäufe, bei der Möglichkeit, Banken abzuwickeln und bei der Erhebung einer Bankenabgabe. Außerdem hat sie den grauen Kapitalmarkt reguliert und sie stärkt die nationale Finanzaufsicht. Zusätzlich sorgt sie dafür, dass mit schärferen Eigenkapitalanforderungen ab 2013 die Verlusttragfähigkeit von Banken erhöht wird.“

Da eine Finanzkrise nicht mehr nur durch nationale Regulierungen vermieden werden kann, begrüßen wir grundsätzlich europäische Regulierungsinitiativen. Dazu gehören insbesondere eine europäische Finanzaufsicht, in die die Europäische Zentralbank wesentlich einbezogen wird, und Restrukturierungsvorschriften für Banken etwa nach deutschem Vorbild. Bei der Stärkung der europäischen Aufsicht sind allerdings die geldpolitische Unabhängigkeit der Europäischen Zentralbank zu wahren und das Subsidiaritätsprinzip zu beachten. Die Arbeiten hieran sind komplex. Die weiteren Arbeiten der Europäischen Kommission auf der Grundlage ihrer heute vorgestellten Vorschläge sollten sich daher auf die Aufsicht über systemrelevante Banken konzentrieren. Neuregelungen zur Aufsicht über systemrelevante Banken müssen sich erst in der Praxis bewähren. Erst dann können wir weitere Schlussfolgerungen ziehen. Es kommt nicht auf Schnelligkeit oder Quantität dieser Regelungen, sondern auf Qualität an. Den Zeitplan der Europäischen Kommission halten wir vor diesem Hintergrund für zu optimistisch.

In jedem Fall sollten die Arbeiten an der Stärkung der europäischen Aufsicht nicht dadurch verkompliziert werden, dass sie mit einem EU-weiten Bankenabwicklungsfonds oder einem EU-weiten Einlagensicherungsfonds verknüpft werden. Stattdessen sollten die Verhandlungen der europäischen Vorschläge zur Harmonisierung der nationalen Einlagensicherung sowie zur Abwicklung und Sanierung von Kreditinstituten möglichst zügig abgeschlossen werden. Dabei lehnen wir eine Vergemeinschaftung von Risiken und eine Lastenteilung ab.“

Foto: Wolfram Weiss

## Der Bund stärkt die Kommunen

Die kommunalfreundliche Politik der Bundesregierung setzt sich weiter fort. Auch im Jahr 2013 profitieren davon die Haushalte der kommunalen Gebietskörperschaften. Bereits im laufenden Jahr können die Städte, Gemeinden und Landkreise mit einem Haushaltsüberschuss von bundesweit rund 2,5 Milliarden Euro rechnen.

Mit der Übernahme der Kosten der Grundsicherung im Alter (SGB II) sowie der Kosten für Bildung und Teilhabe nach SGB II durch den Bund werden die kommunalen Kassen entlastet. Durch die eingeleitete zweite Stufe der Kostenübernahme der Altersgrundsicherung werden die Kommunen bei ihren Sozialausgaben im Jahr 2013 um 3,175 Milliarden Euro zusätzlich entlastet. Parallel dazu werden für Kommunen wichtige Programme – von der klassischen Städtebauförderung mit 455 Millionen Euro bis hin zu frühkindlicher Sprachförderung – im Jahr 2013 auf hohem Niveau fortgesetzt.

Verantwortlich für die Besserung der Kommunalfinanzen ist auch die auf Wachstum ausgerichtete Politik der Bundesregierung. Davon profitieren die Städte und Gemeinden in verschiedenen Bereichen. Dies zeigt sich bei der Entwicklung der kommunalen Gewerbesteuererinnahmen und den Anteilen an der Einkommensteuer. Die Erholung der kommunalen Haushalte spiegelt sich aber auch in der Entwicklung der Zinsausgaben wider. Diese werden nach Einschätzung des Bundesfinanzministeriums durch steigende Überschüsse und das niedrige allgemeine Zinsniveau zu weiteren Einsparungen führen.

### Impressum:

Ausgabe Nr. 13/2012  
13. September 2012

**Landesgruppe NRW**  
der CDU/CSU-Fraktion im  
Deutschen Bundestag

Platz der Republik 1  
11011 Berlin  
Tel.: 030/ 227-58956  
Fax: 030/ 227-76421  
Email:  
[fabian.bleck@cducsu.de](mailto:fabian.bleck@cducsu.de)

**Redaktion/ V.i.S.d.P:**  
Karl-Heinz Aufmuth  
Fabian Bleck